



**Koblenz – Magnet am Deutschen Eck:**  
Die Stadt zum Bleiben.

## Unterrichtungsvorlage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	UV/0172/2015		<b>Datum:</b>	24.06.2015	
<b>Bürgermeisterin</b>					
<b>Verfasser:</b>	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	<b>Az:</b>	500204		
<b>Gremienweg:</b>					
<b>24.07.2015</b>	<b>Stadtrat</b>	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
	TOP                      öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<b>13.07.2015</b>	<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
	TOP                      nicht öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<b>Betreff:</b> Unterrichtung über das Modellprojekt „Gemeindeschwester Plus,,					

### **Unterrichtung:**

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zum Modellprojekt „Gemeindeschwester plus“ zur Kenntnis.

### **Beschreibung des Projektes „Gemeindeschwester Plus“:**

Die Stadt Koblenz hat sich um die Teilnahme am Modellprojekt „Gemeindeschwester Plus“ beworben und wurde mit Nachricht vom 03.06.2015 mit dem Pflegestützpunkt Süd in das Modellprojekt aufgenommen.

#### Initiator des Projektes:

Landesregierung Rheinland-Pfalz/Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

#### Teilnehmerkreis:

Das Projekt „Gemeindeschwester Plus“ wird zu **100 Prozent** vom Land in den folgenden Kommunen gefördert:

- In der Vorderpfalz der Landkreis Südliche Weinstraße in Kooperation mit der Stadt Landau,
- In der Westpfalz der Landkreis Kaiserslautern in Kooperation mit der Stadt Kaiserslautern,
- für die Region Mittelrhein die Stadt Koblenz,
- für die Region Westerwald der Landkreis Neuwied,
- für die Region Hunsrück der Landkreis Birkenfeld,
- für die Region Eifel der Landkreis Bitburg-Prüm,
- und für die Region Rheinhessen der Landkreis Alzey-Worms.

### Trägerschaft der „Gemeindeschwester Plus“:

Die Stadt Koblenz beabsichtigt, die Trägerschaft des Modellprojektes „Gemeindeschwester Plus“ an das Deutsche Rote Kreuz Mittelrhein zu vergeben. Dies wurde bereits im Vorfeld der Bewerbung so miteinander kommuniziert. Die entsprechenden Verträge sind noch zu schließen.

### Einsatzgebiet der „Gemeindeschwester Plus“:

Das Einsatzgebiet der „Gemeindeschwester Plus“ entspricht dem des Pflegestützpunktes, dem sie zugeordnet ist, in Koblenz dem Arbeitsgebiet des Pflegestützpunktes Süd. Eine Bewerbung für diesen Pflegestützpunkt ist unter anderem deshalb erfolgt, weil hier statistisch die meisten älteren Menschen von Koblenz leben. Zu diesem Gebiet gehören die Stadtteile Goldgrube, Süd, Oberwerth, Stolzenfels, Lay, Karthause-Nord, Kathäuserhofgelände und Karthause-Flugfeld.

Geplanter Projektzeitraum: 3,5 Jahre , voraussichtlicher Beginn 1.10.2015

### Projektidee:

- Aufgabe der „Gemeindeschwester Plus“ ist es, sich im Bereich des Pflegestützpunktes Koblenz Süd um hochbetagte Menschen (über 80 Jahre) zu kümmern, die noch selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben. Ihr Einsatzgebiet entspricht demnach dem des Pflegestützpunktes, dem sie zugeordnet ist.
- Durch die **präventiven Hausbesuche** sollen die Hochbetagten in ihrem selbstständigen Leben gestärkt werden. Die aufsuchende Beratung in der eigenen Häuslichkeit hat zudem das Ziel, die Menschen frühzeitig auf mögliche Pflegebedarfe gut vorzubereiten.
- Hochbetagte, die dies wünschen, sollen die Möglichkeit haben, solange wie möglich zuhause wohnen zu können. Dies gelingt in der Regel dann, wenn vorhandene informelle Netzwerke und soziale Stützsysteme genutzt werden können. Die „Gemeindeschwester Plus“ setzt an diesem Punkt an, indem sie die individuellen informellen Netzwerke (z.B. Verwandte, Nachbarn und Freunde) der Hochbetagten erkennt, stärkt und weiterentwickelt.
- Die meist sozialräumlich angelegten Stützsysteme (z.B. Kirchengemeinden, Besuchsdienste, Einkaufshilfen oder Mittagstische) sollen mit ihrer Hilfe ebenfalls identifiziert, unterstützt und ausgebaut werden. Gemeinsam mit anderen Fachkräften im Pflegestützpunkt und aus den Stadtteilen, sowie den lokalen Akteuren im Bereich Pflege, sollen Voraussetzungen für eine sozialräumlich orientierte Begleitung und Pflege entwickelt werden.
- Die Gemeindeschwester Plus kommuniziert die bekannt gewordenen Stärken und Bedarfe in ihrem Einsatzbereich mit der kommunalen Pflegestrukturplanung. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen so für die Pflegestrukturplanung entsprechend nutzbar gemacht werden können.
- Weitere Informationen zum Projekt „Gemeindeschwester Plus“ finden Sie auf der Projekthomepage unter [www.gemeindeschwesterplus.rlp.de](http://www.gemeindeschwesterplus.rlp.de).

### Qualifikation der Gemeindeschwester:

Die Gemeindeschwester Plus soll durch eine Pflegefachkraft besetzt werden. Bisher sind die Pflegestützpunkte in erster Linie durch Mitarbeiter mit sozialpädagogischem Hintergrund bzw. Mitarbeitern der Krankenkassen besetzt. Die „Gemeindeschwester Plus“ bringt pflegerische Expertise mit und ist somit eine Ergänzung zu den bisherigen Angeboten der

Pflegestützpunkte. Eine zusätzliche Qualifizierung für die Aufgaben im Sozialraum wird im Rahmen des Modellprojektes angeboten.

Weitere Vorgehensweise:

- Bis Ende Juli sollen die Zielvereinbarungen zwischen dem MSAGD und den Kommunen verhandelt und unterschrieben werden.
- Parallel ist eine Projektvereinbarung mit dem DRK Mittelrhein abzuschließen. Im Anschluss soll eine Stellenausschreibung durch das DRK Mittelrhein für die „Gemeindegewest Plus“ auf den Weg gebracht werden. Eine Anstellung der „Gemeindegewest Plus“ soll bis spätestens 01. Oktober 2015 erfolgen.
- Jede Modellkommune ist zudem bis zum 15. November 2015 dazu verpflichtet ein regionales Umsetzungskonzept zu entwickeln, das Ziele, Zielgruppen, Akteure, Maßnahmen, Vernetzungsstrategien und Zeiträume benennt. Die wissenschaftliche Begleitung unterstützt und berät die Kommunen bei Bedarf bei der Entwicklung des regionalen Umsetzungskonzeptes. Die Entwicklung des Konzeptes erfolgt durch Amt 50 und das DRK.